Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Filialen erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17239 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 4. März 1930 — Nummer 53

Auf die Straße am 6. März!

Heraus zur Massendemonstration gegen die kapitalistische Hungeroffensive!

Dresdner Arbeiter, zeigt eure Macht!

Im Kampf für Arbeit und Brot! Gegen die sozialfaschistische Koalitionspolitik! Gegen die faschistischen Unternehmerbanden! Für ein Sowjet-Deutschland!

Nur noch zwei Tage trennen uns vom 6. März, dem Weltdemonstrationstag aller Unterdrückten gegen die kapitalistische Ausbeuterherrschaft, gegen Arbeitslosigkeit und Nationalisierung, **für Brot und Arbeit. Auch die Dresdner Arbeiterschaft wird an diesem Tage machtvoll aufmarschieren und der Bourgeoisie, ihren faschistischen und sozialfaschistischen Handlangern das revolutionäre Bündnis zwischen erwerbslosen und betriebstätigen Arbeitern, zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen, zwischen Erwachsenen und Jugendlichen demonstrieren.**

Stellplätze und Aufmarschplan

Dresden-Altstadt, -Friedrichstadt und -Johannstadt:
Poppitz und Sternplatz 15,15 Uhr

Dresden-Striesen, -Leuben und Niederseditz:
Sportplatz Hepkestraße, von dort nach dem Pohlandplatz, 15,15 Uhr

Dresden-Löbtau, -Cotta, -Plauen, -Naußlitz, Omsewitz bis Wilsdruff:
Dorfplatz Dresden-Löbtau, 15,15 Uhr

Dresden-Neustadt-Ost, Klotzsche, Loschwitz usw.:
Bischofsplatz, 15,15 Uhr

Dresden-Neustadt-West, Radebeul, Kötzschenbroda, Radeburg:
Leisniger Platz, 15,15 Uhr.

Hauptaufmarschplatz: Wilhelmplatz, Dresden-N.
Alle Züge sind spätestens 17,30 Uhr dort eingetroffen.

Werktätige von Dresden! In Massen aufmarschiert! Rote Fahnen heraus! Es lebe der Kampf!

Das sind unsere Forderungen!

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am 28. Februar folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird beauftragt, sofort nachstehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, zur Linderung des Massenelends und zum Schutze der Volksgesundheit durchzuführen und entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen:

1. **Die tägliche Maximalarbeitszeit wird auf 7 Stunden festgesetzt; für Frauen und Jugendliche auf 6 Stunden. Die Leistung der Ueberstunden ist verboten.**
   Bei eintretendem Arbeitsmangel ist zur Vermeidung von Entlassungen die Arbeitszeit unter Fortzahlung der bisherigen Löhne unter die siebenstündige Maximalarbeitszeit herabzusetzen.
2. **Den Anträgen auf Stillegung der Betriebe darf nicht entsprochen werden.**
3. **Alle Unternehmungen, private wie des Reiches, der Länder und Gemeinden, haben die vorhandenen offenen und freiwerdenden Arbeitsplätze bei dem zuständigen Arbeitsamt anzumelden.** Sämtliche offenen Arbeitsplätze dürfen nur durch die Vermittlung des zuständigen **Arbeitsamtes unter Kontrolle der gewählten Erwerbslosenausschüsse** besetzt werden. Die Vermittlung von Arbeitslosen in offene Arbeitsstellen hat je nach der Berufsart in der Reihenfolge zu geschehen, wie die Arbeitslosenmeldungen erfolgt sind. Die Pflichtarbeit aller Art wird beseitigt.
4. **Die Arbeitslosenunterstützung wird unter Fortfall aller bisherigen Karenzzeiten und Sperrfristen für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt.**
5. **Die Reichsregierung hat im Etat für 1930 für Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung und für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge, insbesondere für den kommunalen Wohnungsbau, 500 Millionen Reichsmark einzusetzen.**
6. **Wohlfahrtsunterstützungen werden nach einheitlichen reichsgesetzlichen Mindestfürsorge-Richtsätzen entsprechend Gruppe 12 der Besoldungsordnung festgesetzt.**
7. **Die Beschäftigung von Frauen ist acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft verboten. Der Lohn ist in dieser Zeit in voller Höhe weiter zu zahlen. Kündigungen sind von der Feststellung der Schwangerschaft bis zu einem Jahre nach der Niederkunft unwirksam. Die gesetzlichen Schutzbestimmungen werden auf Landarbeiterinnen und Hausangestellte ausgedehnt.**

Die Arbeiterschaft wird in außerparlamentarischen Aktionen durch Schaffung des unzerreißbaren Bündnisses von Betrieb und Stempelstelle gegen die Hungerregierung für ein Sowjetdeutschland, das Arbeit und Brot gibt, kämpfen. Am Weltarbeitslosentag, am 6. März, werden Arbeiter und Erwerbslose gemeinsam ihren Willen bekunden, es den sowjetrussischen Brüdern gleichzutun, die diese Errungenschaft schon längst erkämpft haben!

„Linker" Koalitionsbetrug am Pranger

Ein neues „Mindestprogramm" der Chemnitzer SPD — Alle „Forderungen" aus dem Vorjahre „vergessen" — Große Koalition über alles

Dresden, den 4. März 1930.

Der Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge der SPD hat ein „Mindestprogramm" für die Verhandlungen zur Großen Koalition aufgestellt. Dadurch bringt auch der Bezirk Chemnitz-Erzgebirge zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie so schnell als möglich unter die Koalitionsfittiche schlüpfen muß. Es werden 5 „Forderungen" aufgestellt, die aber selbst unter dem Gesichtswinkel des vorjährigen „Mindestprogramms" zur Regierungsbildung geradezu kläglich das krampfhafte Bestreben, durch einige Redensarten die SPD-Arbeiter über den Koalitionsverrat hinwegzutäuschen, verraten. Der Bezirk Ostsachsen hatte am Sonntag einen Parteitag, auf dem Oskar Edel erklärte:

„Wir dürfen auf keinen Fall unseren Kampf abschwächen um einer Koalition willen, sondern es ist im Gegenteil nötig, den Kampf zu verschärfen."

Ob Oskar Edel das wirklich gesagt hat, bleibe dahingestellt. Wir wissen jedenfalls, daß er am 24. Februar in der Sitzung im Landtagsgebäude seinen Zuhörern eingepaukt hat, alle diejenigen, die sich sträuben, in die Große Koalition zu gehen, seien Idioten. Natürlich wird er für die Oeffentlichkeit anders reden als in internen Parteikreisen, wo man die kleinen Funktionäre vor die Alternative stellen kann: Friß Vogel oder stirb! Wenn jetzt keine Koalition, werden die Möglichkeiten immer mieser für die SPD.

Das „Regierungsprogramm" der „Linken"

Der Punkt 1 der Chemnitzer Bedingungen lautet: **„Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 50 Millionen für Notstandsarbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit."** Im vorigen Jahre wurde noch von Beachtung tariflicher Arbeitsbedingungen, Achtstundentag, Arbeiterschutz, Schutz für Frauen und Jugendliche gesprochen. All das ist jetzt in den Wind geschlagen. In geradezu widerlicher Weise betrügen diese linken Burschen die Arbeiter durch die Forderung:

„Ausschöpfung aller Besitzsteuerquellen, insbesondere (!) Heraufsetzung der Gewerbesteuer..."

Einen frecheren Betrug gibt es überhaupt nicht. Nachdem Hilferding den Kapitalisten 2 Milliarden schenkte, kommen diese sich „Linke" Nennenden und lügen frech, die Erhöhung der Gewerbesteuer sei „Besitzbelastung", um der Bourgeoisie eine noch weitere Ausplünderung der Massen zu gewährleisten. Die ganzen **„Forderungen" über Wohlfahrtspflege, Hebammenwesen, Krankenanstalten, Kinderspeisungen,** kurz, das ganze Rezept sozialpolitischer Agitationsphrasen der SPD aus dem Vorjahr ist völlig verschwunden. Die Hauptsache ist, Oskar Edel und seine Freunde dürfen Minister spielen. In welchem Maße diese „Linken" bestrebt sind, alle Karrieremacher für die Koalitionspolitik zu interessieren, zeigt der Punkt 5: **„Besetzen aller freiwerdenden Stellen in der Staatsverwaltung, Polizei und Justiz mit absolut zuverlässigen Republikanern."**

Diese alten Phrasen sind allzu bekannt, als daß sie von einem ehrlichen Arbeiter ernst genommen werden dürfen. Geßler, Groener, Schacht und eine ganze Reihe von Reaktionären wurden von den Sozialdemokraten als „zuverlässige Republikaner" hingestellt, während die Arbeitermassen die Erfahrung machten, daß sie am skrupellosesten das Proletariat auszuplündern und zu knebeln verstanden. Und sehen wir uns den kleinen Metallarbeiter der Konterrevolution, **Karl Severing**, an. Er übt sich als „Republikaner" nach der Richtung, alles das, was die Arbeiterklasse in 70jährigem Emanzipationskampf unter großen Opfern errungen hat, mit einem Federstrich durch sein Republikschutzgesetz zu beseitigen. Und diese selben „Linken" haben erst vor kurzem in Chemnitz dem Konterrevolutionär Severing Ovationen bereitet.

Die Herabsetzung der Ministergehälter von 36 000 auf 18 000 Mark, die Kürzung der hohen Beamtengehälter über 1000 Mark soll erfolgen, „soweit das in Sachsen möglich" ist. Das wagen die linken Betrüger zu schreiben, **zwei Tage nachdem sie selbst bei der Abstimmung im Reichstag die Erhöhung der Ministergehälter im Reich auf 62 000 Mark als einen „sozialdemokratischen Erfolg"** anpriesen, und wenn sie in der Koalition sitzen, werden sie den Arbeitern erklären, daß ihr Mindestprogramm eingehalten wurde, weil eben die Streichung der Gehälter in Sachsen „nicht möglich" ist. Sie lassen sich deshalb auch den Weg offen durch die niederträchtige Phrase, wenn diese Streichungen in Sachsen **nicht möglich** sind, „energischste Einwirkungen auf das Reich" anzustreben.

Auch die ungeheure **Wohnungsnot Sachsens** benutzen diese „Linken", um die Arbeiter zu betrügen. **Sie „fordern" eine**

„Regierungskrise" — ein abgekartetes Spiel

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestrige Kabinettssitzung, die sich mit der durch den Beschluß der Deutschen Volkspartei geschaffenen Lage befassen sollte, wurde nach kurzer Dauer auf Dienstag vertagt. Offensichtlich haben sich die sozialdemokratischen Minister mit der Ablehnung des Notopfers einverstanden erklärt. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse berichtet von einer Entscheidung, die allerdings erst Mittwoch fallen soll. In Wirklichkeit aber bestehen keine ernsten Differenzen zwischen den Koalitionsparteien. Die Regierungskrise ist nichts anderes als ein abgekartetes Spiel zur Vorbereitung eines direkten Anschlages gegen die Arbeiterschaft.

Gestern nachmittag fand eine Sitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, der sämtliche sozialdemokratische Minister beiwohnten. Die Sitzung sollte sich mit dem Stand der Verhandlungen über die Regelung der Finanzfragen befassen. **Es wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem, wie die bürgerliche Presse besonders hervorhebt, vom Notopfer nichts mehr verlautet.**

Die sächsischen Industriellen fordern

Erneut hat der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller eine Entschließung gefaßt, in der die schleunige und radikale Senkung der würgenden Steuerlast — gemeint sind natürlich die Besitzsteuern — verlangt wird, da sonst das Kernübel, die Kapitalarmut, verschlimmert werde. Gegenwärtig könne es nur eins geben: „Einschränken, sparen, den Haushaltplan rücksichtslos zusammenstreichen", also weiterer Abbau der sozialen Lasten, Kürzung der unteren Beamtengehälter usw. An diese reaktionären Industriekritiker hat die „linke" SPD ihr Koalitionsangebot gerichtet.